



Der SDG-Gipfel der Vereinten Nationen 2023

Ergebnisse – Konflikte – Perspektiven

von Jens Martens

Am 18. und 19. September 2023 trafen sich Staats- und Regierungschefs bei den Vereinten Nationen in New York, um eine Halbzeitbilanz der Fort- bzw. Rückschritte bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu ziehen. Das Treffen war der zweite SDG-Gipfel seit der Verabschiedung der Agenda 2030 im September 2015.

Der SDG-Gipfel stand am Beginn einer ganzen Gipfelwoche. Es folgten drei hochrangige Veranstaltungen zum Thema globale Gesundheit, ein Hochrangiger Dialog zur Entwicklungsfinanzierung, der sogenannte Climate Ambition Summit und ein Ministertreffen zur Vorbereitung auf den Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen, der im September 2024 stattfinden soll.

Verbindliche Beschlüsse brachte keiner dieser Gipfel. Angesichts der weltpolitischen Großwetterlage konnte es bereits als Erfolg gewertet werden, dass der SDG-Gipfel und die Veranstaltungen zur globalen Gesundheit mit Politischen Erklärungen abgeschlossen wurden, auch wenn diese nicht unumstritten waren. Zum Zukunftsgipfel einigte man sich zumindest über den (sehr breiten) thematischen Rahmen des Gipfels und des Zukunftspaktes (*Pact for the Future*), der dort verabschiedet werden soll.

Zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen ging dies nicht weit genug. Die über 300 Teilnehmer*innen der Global People's Assembly, die parallel zum SDG-Gipfel in New York stattfand, kritisierten in ihrer Erklärung, dass das Ergebnis des SDG-Gipfels keine ausreichenden Antworten auf die globalen Krisen liefert.

„Es ist an der Zeit, Alarm zu schlagen. Auf halbem Weg zum Jahr 2030 sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung in großen Schwierigkeiten,“ konstatierte der UN-Generalsekretär in seinem [SDG-Fortschrittsbericht 2023](#) (Pkt. 4). Zur Halbzeit sind die Länder nur bei höchstens 15 Prozent der Zielvorgaben im Plan. Bei fast 50 Prozent sind die Fortschritte unzureichend und bei 37 Prozent stagniert die Entwicklung oder sie verläuft sogar in die falsche Richtung. Das betrifft beispielsweise die Ziele zur Armutsreduzierung, zur Bekämpfung

des weltweiten Hungers und zur Überwindung der Geschlechterungleichheit.

Guterres forderte als Konsequenz von den Regierungen, beim SDG-Gipfel einen „Rettungsplan für die Menschen und den Planeten“ (*A Rescue Plan for People and Planet*) zu beschließen. Er sollte drei Bereiche umfassen:

- » Die Stärkung der **Governance und der Institutionen** für eine nachhaltige und integrative

Transformation (inkl. der Stärkung von Städten und Kommunen).

- » Die Priorisierung von **Politiken und Investitionen**, die Multiplikatoreffekte für alle Ziele haben (z. B. Just Energy Transition Partnerships).
- » Die Erhöhung der **SDG-Finanzierung** und das Sicherstellen eines günstigen globalen Umfelds für die Länder des globalen Südens (inkl. eines *SDG Stimulus* von 500 Mrd. US-Dollar pro Jahr).

In seiner [Rede zur Eröffnung des SDG-Gipfels](#) am 18. September bekräftigte Guterres seinen Appell:

”Instead of leaving no one behind, we risk leaving the SDGs behind. So, Excellencies, the SDGs need a global rescue plan.

I am deeply encouraged by the detailed and wide-ranging draft political declaration under discussion here today – especially its commitment to improving developing countries’ access to the fuel required for SDG progress: finance.

This includes clear support for an SDG Stimulus of at least \$ 500 billion a year, as well as an effective debt-relief mechanism that supports payment suspensions, longer lending terms, and lower rates.

It includes a call to re-capitalize and change the business model of Multilateral Development Banks so they can massively leverage private finance at affordable rates to benefit developing countries.

And it includes the endorsement of the need to reform the international financial architecture that I consider outdated, dysfunctional and unfair.“

Zu einem ähnlichen Befund kam auch die unabhängige Gruppe von Wissenschaftler*innen, die im Auftrag des UN-Generalsekretärs den [Global Sustainable Development Report \(GSDR\) 2023](#), das wissenschaftliche Flaggschiff der UN im Bereich nachhaltiger Entwicklung, ausgearbeitet hat. Bereits in ihrem Bericht 2019 hatte sie festgestellt, dass die Weltgemeinschaft bei der Umsetzung vieler SDGs das Tempo beschleunigen müsse. Vier Jahre später sei die Situation aufgrund der schleppenden Umsetzung und des Zusammentreffens verschiedener Krisen noch wesentlich besorgniserregender. Bei den Zielen, bei denen schon 2019 das Tempo des Fortschritts zu gering war, hätten die Länder seitdem nicht genug beschleunigt, und bei ande-

ren, wie etwa dem Klimaschutz und dem Schutz der Biodiversität, bewegt sich die Welt immer noch in die falsche Richtung. Darüber hinaus hätten die jüngsten Krisen – darunter die COVID-19-Pandemie, der Anstieg der Lebenshaltungskosten, bewaffnete Konflikte und Naturkatastrophen – jahrelange Fortschritte bei einigen SDGs zunichte gemacht. Die Autor*innen des GSDR betonen, dass diese Krisen keine unabhängigen Ereignisse seien, sondern durch diverse ökologische, wirtschaftliche und soziale Stränge miteinander verwoben seien und sich gegenseitig verstärkten.

Der Bericht betont die Bedeutung der Wissenschaft für die Verwirklichung der Agenda 2030. Die GSDR-Ko-Vorsitzende, Imme Scholz, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, betonte allerdings in der [Pressemitteilung](#) zur Veröffentlichung des Reports:

”Science is essential, but not sufficient in itself. Good policymaking combines scientific insight with social norms and with what people need, want, and are prepared to give. This includes spelling out the costs and benefits of transformation and defining a just transition.“

Eine der **zentralen Botschaften** des GSDR 2023 ist die Forderung an die UN-Mitgliedsstaaten, sogenannte *SDG Transformation Frameworks for Accelerated Action* zu schaffen. Diese Rahmen sollten aus 6 Elementen bestehen: 1) *National Plans for Transformative Accelerated Action*, um SDG-Synergien zu ermitteln und zu nutzen und negative grenzüberschreitende *Spillovers* zu verringern; 2) lokale und branchenspezifische Planungen, die in die nationalen Pläne einfließen; 3) Initiativen im Rahmen der Addis-Abeba-Aktions-Agenda, um den fiskalischen Spielraum der Länder zu vergrößern, einschließlich Steuerreformen, Schuldenumstrukturierungen und -erlassen sowie einem stärkeren Engagement internationaler Finanzinstitutionen für die Umsetzung der SDGs; 4) Investitionen in die SDG-bezogene Datenerhebung, um Datenlücken zu schließen; 5) Ausbau von Partnerschaften zur Stärkung der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft und 6) Investitionen in Maßnahmen zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht von Regierungen und anderen Akteuren.

Die Bundesregierung hat die Forderung nach einem solchen Aktionsplan aufgegriffen und versteht die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2024 als ihren Beitrag dazu.

Politische Erklärung: Viel Commitment – wenig Action

Offizielles Ergebnis des SDG-Gipfels ist eine **Politische Erklärung** der Staats- und Regierungschefs, die bereits in den Monaten davor ausgehandelt wurde. Die Regierungen sind sich darin einig, was die Bilanz des bisher (nicht) Erreichten angeht, und bekennen sich zur Agenda 2030 als der „overarching roadmap for achieving sustainable development and overcoming the multiple crises we face“ (Pkt. 2). Die Erklärung enthält in blumiger Prosa Verpflichtungen zu mutigem transformativem Handeln, internationaler Solidarität und der Bekämpfung von Rassismus und aller Formen von Diskriminierung. Sie bekräftigt das Versprechen, bei der Verwirklichung der Agenda 2030 alle gesellschaftlichen Akteure auf allen Ebenen stärker einzubeziehen, betont die essenzielle Rolle der Parlamente und die „Lokalisierung“ der SDGs, das heißt die Umsetzung auf der kommunalen Ebene.

Die Erklärung enthält als dritten Teil einen „Call to Action“, mit dem die Regierungen an sich selbst appellieren, mehr für die Umsetzung der Agenda 2030 zu tun. Sie listen dort eine Vielzahl von Themenbereichen auf, was den UN-Generalsekretär dazu bewog, sie als „detailliert und weitreichend“ zu loben. Viele Aussagen bleiben aber vage, wurden im Laufe der Verhandlungen verwässert und haben für die Regierungen keine unmittelbaren Konsequenzen. Zum geforderten **SDG-Konjunkturprogramm** heißt es beispielsweise nur noch: „We welcome the Secretary General’s efforts to address the SDG financing gap through an SDG stimulus“ (Pkt. 38, t, iv). In allgemeinen Worten sagen die Regierungen zu, die Vorschläge „in a timely manner“ voranzutreiben. Der Vorschlag, **Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds (IWF)** den Ländern, die sie am dringendsten benötigen, zur Verfügung zu stellen, wurde zwar aufgenommen, auf Druck der USA aber nur auf freiwilliger Basis („We call for an urgent *voluntary* re-channeling of Special Drawing Rights (...)“ (Pkt. 38, t, vii).

In vielen Bereichen verweisen die Regierungen auf weitere Diskussionen in der Zukunft, etwa über ein internationales Abkommen zur Plastikverschmutzung, das bis 2024 ausgehandelt werden soll. Bemerkenswert ist die Verpflichtung zu inklusiven zwischenstaatlichen Diskussionen über die Reform der internationalen Finanzinstitutionen, unter anderem in den Vereinten Nationen. Bislang beharrten die USA und die EU darauf, dass dieses Thema vor allem Sache des IWF und der Weltbank sei.

Das tun sie zwar immer noch, sind aber gegenüber den Forderungen der G77 offensichtlich etwas gesprächsbereiter.

Gescheitert wäre die Verabschiedung der Politischen Erklärung in letzter Minute fast am Widerstand einer Gruppe von elf Staaten, darunter Russland, der Iran und Nordkorea. In einem **Brief an den Präsidenten der UN-Generalversammlung** vom 17. September 2023 kritisierten sie die aus ihrer Sicht unausgewogene und intransparente Verhandlungsführung bei der Aushandlung der Politischen Erklärung. Konkret bemängelten sie, dass ihre Forderung einer Verurteilung unilateraler Sanktionen (*unilateral coercive measures*) nicht berücksichtigt wurde, und erklärten ihren Widerstand gegen eine formelle Verabschiedung der Politischen Erklärung beim SDG-Gipfel. Tatsächlich erfolgte beim Gipfel lediglich eine *zeremonielle* Verabschiedung der Erklärung. Die *formelle* Verabschiedung wird dann später durch die Generalversammlung erfolgen. Dass sich am Wortlaut der Erklärung dann noch etwas ändert, ist aber nicht zu erwarten.

Die vagen und unverbindlichen Formulierungen des Aktionsaufrufes der Gipfelerklärung waren möglicherweise der Grund dafür, dass der UN-Generalsekretär in seiner **Rede zum Abschluss des SDG-Gipfels** die Staaten nochmal in deutlichen Worten auf ihre Hausaufgaben hinwies, die sich aus der Gipfelerklärung ergeben. Er sprach von einer „development to-do list“ bei der es in erster Linie darum geht, den Worten nun konkrete Finanzierungsmaßnahmen folgen zu lassen. Das betrifft insbesondere den *SDG Stimulus*, Entschuldungsmaßnahmen und das *Re-channeling* von Sonderziehungsrechten an Länder des globalen Südens. Die nächste Gelegenheit für multilaterale Vereinbarungen dazu bietet die Jahrestagung von IWF und Weltbank im marokkanischen Marrakesch (9.–15. Oktober 2023).

Schwache Resonanz auf UN-Aktionsaufruf

Da es mit der Politischen Erklärung allein nicht getan ist, hatte der UN-Generalsekretär die Organisationen des UN-Systems, nationale Regierungen und nichtstaatliche Akteure bereits im Vorfeld des SDG-Gipfels zu zusätzlichen Initiativen aufgefordert. Sie sollten als Teil des von ihm geforderten Rettungsplanes für die Menschen und den Planeten einen Beitrag zum SDG-Gipfel leisten. Von Seiten der UN wurden 12 sogenannte **High Impact Initiatives** zu folgenden Themen aufgelistet:

- » Stärkung der digitalen öffentlichen Infrastruktur
- » Energie-Pakte zur Verwirklichung von SDG 7
- » Transformation der Ernährungssysteme
- » Stärkung der Kapazitäten des öffentlichen Sektors
- » Der *Global Accelerator on Jobs and Social Protection*
- » Die Local2030 Coalition zur Stärkung des Beitrags der Städte bei der SDG-Umsetzung
- » Biodiversität und Natur als Treiber wirtschaftlicher Transformation
- » Die „Daten-Dividende“ für die SDGs nutzbar machen
- » Spotlight Initiative zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen
- » Der *SDG Stimulus*
- » Stärkung wirtschaftlicher Kapazitäten, u. a. durch *National Productive Capacities Gap Assessments (NPCGA)*
- » Transformation der Bildung

Überwiegend handelt es sich dabei nicht um neue Initiativen, sondern lediglich um ein zusätzliches Etikett für bereits Bestehendes.

Außerdem listen die Vereinten Nationen als Beiträge nichtstaatlicher Akteure eine Reihe von **SDG Acceleration Actions** unterschiedlichster Qualität und Reichweite auf. Die dazu eingerichtete Webseite enthält allerdings nur Einträge zu 18 Initiativen (Stand 22. September 2023), und damit wesentlich weniger als beim ersten SDG-Gipfel 2019.

Schließlich hat der UN-Generalsekretär die Regierungen aufgerufen, **nationale Selbstverpflichtungen** für eine beschleunigte Umsetzung der SDGs zu formulieren und als Beitrag zum SDG-Gipfel auf der UN-Webseite registrieren zu lassen. Er hatte dazu im Mai 2023 extra einen **Leitfaden** an die Mitgliedsstaaten gesandt. Die Resonanz war aber auch hier mäßig. Bis kurz nach dem SDG-Gipfel waren lediglich die Namen von 25 Ländern auf der UN-Webseite ohne weitere Informationen aufgelistet. Unter ihnen war auch Deutschland.

Demonstrative Präsenz Deutschlands in New York

Deutschland war in New York mit einer großen Delegation, angeführt von Bundeskanzler Olaf Scholz, vertreten. Mit dabei waren Entwicklungsministerin Svenja Schulze, Umweltministerin Steffi Lemke und Außenministerin Annalena Baerbock. Olaf Scholz hielt beim SDG-Gipfel eine **Rede**, in der er vor allem die Notwendigkeit zusätzlicher Finanzmittel für die SDGs und die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor betonte. In der medialen Wahrnehmung spielte der SDG-Gipfel allerdings nur eine Nebenrolle. Größere Aufmerksamkeit erfuhren die Reden des Bundeskanzlers in der **Generalversammlung** und im **Sicherheitsrat**. Dort stand der Krieg Russlands gegen die Ukraine im Vordergrund. Außerdem bekräftigte Scholz das Interesse Deutschlands, für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat in den Jahren 2027–2028 zu kandidieren. Dem deutschen Werben diente auch ein Empfang am 18. September anlässlich des 50. Jahrestages des Beitritts der beiden deutschen Staaten zu den Vereinten Nationen.

Den offiziellen Beitrag Deutschlands zum SDG-Gipfel bildete eine Liste von 12 „**Schlüsselbeiträgen der Bundesregierung für den SDG Summit 2023**“. Sie führt überwiegend bereits bestehende Vorhaben auf und bekräftigt die generelle Unterstützung internationaler Initiativen, wie des *Global Accelerator on Jobs and Social Protection for Just Transitions*. Als einen der 12 Beiträge nennt die Bundesregierung ihre Bereitschaft, die negativen Auswirkungen auf die Erreichung von SDGs in Drittländern (Spillover-Effekte) zu erfassen und ihnen entgegenzuwirken. Außerdem verspricht die Bundesregierung, die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung voranzutreiben.

Dass die Bundesregierung fast zeitgleich im Bundestag den Bundeshaushalt 2024 eingebracht hat, der erhebliche Kürzungen der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vorsieht, ist in diesem Zusammenhang ein fatales Signal in die falsche Richtung. In ihrem **Koalitionsvertrag** hatten sich die Parteien der Ampelkoalition noch auf eine Verknüpfung der Steigerungen von Verteidigungs- und Entwicklungsetat verständigt. Sie erklärten damals:

„Die Ausgaben für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, AKBP [Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik] und Entwicklungszusammenarbeit sollen wie bisher im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung steigen auf Grundlage des Haushaltes 2021.“

Mit dem [Entwurf des Bundeshaushalts 2024](#) und dem Finanzplan 2023 bis 2027 hat sich die Bundesregierung von dieser Zusage verabschiedet. Während der Verteidigungshaushalt (ohne Sondervermögen) von 50,1 Milliarden Euro 2023 auf 51,9 Milliarden Euro 2027 steigen soll, soll der Etat des BMZ von 12,2 Milliarden Euro 2023 auf 10,4 Milliarden Euro 2027 gekürzt werden.

Wenn die Ampelkoalition den Alarmruf des UN-Generalsekretärs ernst nimmt, müssten die Kürzungspläne im Bundestag dringend revidiert werden.

Zivilgesellschaftliche Proteste

Die Diskrepanz zwischen Worten und Taten der Regierungen wurde auch von zivilgesellschaftlichen Gruppen und sozialen Bewegungen vor und während des SDG-Gipfels heftig kritisiert. Am Wochenende vor der Gipfelwoche sind in New York Zehntausende Menschen auf die Straße gegangen. Wie der [Guardian](#) berichtete, demonstrierten sie vor allem für mehr Klimaschutz und forderten US-Präsident Biden zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen auf.

Parallel zum SDG-Gipfel veranstalteten zivilgesellschaftliche Gruppen unter Federführung des Netzwerks Global Call to Action Against Poverty (GCAP) in New York eine [Global People's Assembly](#). Über 300 Teilnehmer*innen aus aller Welt diskutierten dort vor allem über die strukturellen Ursachen von Armut und sozioökonomischer Ungleichheit, die Klimakrise und den eingeschränkten Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft.

In ihrer gemeinsamen [Abschlussklärung](#) kritisierten sie mit Blick auf die Ergebnisse des offiziellen SDG-Gipfels den Mangel an politischem Willen und Führungsbereitschaft, die globalen Krisen effektiv anzugehen.

Diese Proteste haben die Beschlüsse der UN-Gipfel nicht mehr beeinflusst, aber sie haben die Diskrepanz zwischen den Handlungsnotwendigkeiten angesichts der globalen Probleme und den gegenwärtigen Handlungsblockaden multilateraler Politik noch sichtbarer gemacht.

Nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel

Nur zwei Tage nach dem SDG-Gipfel folgte im Rahmen der UN-Generalversammlung ein Ministertreffen zur Vorbereitung des Zukunftsgipfels der Vereinten Nationen (**Summit of the Future**). Er soll am 22. und 23. September 2024 in New York stattfinden. Der Gipfel geht auf eine Initiative des UN-Generalsekretärs zurück. António Guterres erhofft sich von ihm einen „[Booster-Effekt](#)“ für die Verwirklichung der SDGs. Der Gipfel soll aber über das Spektrum der Nachhaltigkeitsziele weit hinausreichen. Die UN-Mitgliedstaaten einigten sich kurz vor dem Ministertreffen darauf, dass das Ergebnis des Gipfels ein „Pakt für die Zukunft“ (*Pact for the Future*) sein soll, der aus einer Einleitung (*Chapeau*) und fünf Kapiteln zu folgenden Themenbereichen bestehen soll:

1. Nachhaltige Entwicklung und Entwicklungsfinanzierung
2. Internationaler Frieden und Sicherheit
3. Wissenschaft, Technologie, Innovation und digitale Zusammenarbeit
4. Jugend und zukünftige Generationen
5. Transformation von Global Governance

Als Teil des Vorbereitungsprozesses sollen außerdem ein *Global Digital Compact* sowie eine *Declaration on Future Generations* ausgehandelt werden, die dem Pakt als Anhänge beigefügt werden.

Für den Verhandlungsprozess und die weiteren Vorbereitungen sind als Ko-Fazilitator*innen die Ständige Vertreterin Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York, Antje Leendertse, und der Ständige Vertreter Namibias, Neville Melvin Gertze, zuständig. Deutschland spielt in diesem Prozess damit eine wichtige Rolle, aus der sich eine besondere Verantwortung, aber auch politische Gestaltungsmöglichkeiten ergeben. Der Zukunftsgipfel und sein Vorbereitungsprozess sollen gerade angesichts der verschärften geopolitischen Konfrontationen dazu beitragen, die multilaterale Kooperation auf Weltebene wiederzubeleben. Mit dem SDG-Gipfel 2023 ist das allenfalls verbal gelungen.

Weitere Informationen

Independent Group of Scientists appointed by the Secretary-General (2023): Global Sustainable Development Report 2023: Times of Crisis, Times of Change: Science for Accelerating Transformations to Sustainable Development. New York: UN.

<https://sdgs.un.org/gsdrgsd2023>

Martens, Jens et al. (2023): Halbzeitbilanz der Agenda 2030. Die globalen Nachhaltigkeitsziele auf dem Prüfstand. Bonn: Global Policy Forum Europe

<https://www.2030agenda.de/de/halbzeitbilanz>

United Nations (2023): The Sustainable Development Goals Report 2023. New York.

<https://unstats.un.org/sdgs/report/2023/>

United Nations General Assembly (2023): Political Declaration to be adopted at the High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF), under the auspices of the General Assembly in September 2023. New York (UN Dok. A/HLPF/2023/L.1).

<https://hlpf.un.org/sites/default/files/2023-09/A%20HLPF%202023%20L1.pdf>

United Nations Secretary-General (2023): Progress towards the Sustainable Development Goals: Towards a Rescue Plan for People and Planet. Report of the Secretary-General (Special Edition). New York: UN General Assembly and ECOSOC (UN Dok. E/2023/64).

<https://hlpf.un.org/sites/default/files/2023-07/SDG%20Progress%20Report%20Special%20Edition.pdf>

Statistical Annex:

https://unstats.un.org/sdgs/files/report/2023/E_2023_64_Statistical_Annex_I_and_II.pdf

Webseiten

Überblicksseite der UN zur Gipfelwoche 2023

<https://www.un.org/en/high-level-week-2023>

SDG-Gipfel 2023

<https://www.un.org/en/conferences/SDGSummit2023>

Global People's Assembly

<https://www.peoplesassembly.global/en/>

Informationsportal von Global Policy Forum und Forum Umwelt & Entwicklung zur Agenda 2030

<https://www.2030agenda.de>

Impressum

Der SDG-Gipfel der Vereinten Nationen 2023 Ergebnisse – Konflikte – Perspektiven

Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.
Königstraße 37a, 53115 Bonn
Tel. 0228 9650510
europe@globalpolicy.org
www.globalpolicy.org
Kontakt: Jens Martens

Autor: Jens Martens

Redaktion: Bodo Ellmers

Gestaltung: www.kalinski.media

Bonn, September 2023

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „**Halbzeit bei der SDG-Umsetzung**“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global mit Mitteln des BMZ.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.